



Vision 2030 – Eine Partnerschaft für die Zukunft

Lateinamerika-Karibik-Strategie der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Beschluss vom 14. Mai 2019

Vision 2030 – Eine Partnerschaft für die Zukunft

Lateinamerika-Karibik-Strategie der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Inhalt

I. Deutschland, die EU und Lateinamerika: Eine Partnerschaft für die Zukunft	3
II. Gemeinschaft stärken, internationale Ordnung festigen, globalen Wandel gestalten	5
1. Eine Partnerschaft auf Augenhöhe: Souveränität fördern	6
2. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte stärken	7
3. Gemeinsamen Wohlstand steigern: Wirtschaft und Handel intensivieren .	10
4. Nachhaltig wirtschaften, Klima schützen, die Schöpfung bewahren	12
5. Multilaterale Zusammenarbeit fördern – in der Region wie in der Welt	14
6. Digitalisierung gemeinsam gestalten	17
7. Kultur und Bildung: Auf gemeinsames Wertefundament bauen	18
8. Leben in Frieden und Sicherheit	21
9. Organisierte Kriminalität und Drogenhandel bekämpfen	22
10. Flucht und Migration ordnen und steuern	23
III. Vision 2030: Partnerschaft der Zukunft	24

I. Deutschland, die EU und Lateinamerika: Eine Partnerschaft für die Zukunft

Deutschland, die EU und viele Staaten Lateinamerikas und der Karibik¹ eint das Interesse, die internationale, regelbasierte Ordnung zu erhalten und zu stärken. Diese hat uns über Jahrzehnte relative Stabilität, Wachstum und Wohlstand gebracht. Nur zusammen sind wir in der Lage, den Erhalt dieser Ordnung sicherzustellen. Diesem gemeinsamen Ziel muss eine intensivierete Zusammenarbeit zwischen Deutschland, der EU und den Staaten Lateinamerikas dienen.

Denn es steht außer Frage: die regelbasierte internationale Ordnung steht mehr unter Druck als je zuvor. Gefestigte Strukturen, Organisationen und Ordnungssysteme werden immer mehr auf die Probe gestellt. Machtverschiebungen und die neue Multipolarität bringen sowohl für die deutsche als auch für die Außenpolitik der unterschiedlichen Staaten Lateinamerikas tiefgreifende Veränderungen mit sich. Mit dem kontinuierlichen wirtschaftlichen, politischen und zunehmend militärischen Aufstieg Chinas, dem neuerlich aggressiv-revisionistischen Verhalten Russlands und dem veränderten Selbstverständnis der Vereinigten Staaten von Amerika, das mit einem schrittweisen Rückzug als globaler Ordnungsmacht einhergeht, sieht sich die Bundesrepublik Deutschland in bisher nicht gekannter Weise geopolitischen und geoökonomischen Herausforderungen gegenüber. Dies gilt in ähnlicher Weise auch für Lateinamerika: Während die russischen Aktivitäten punktuell zunehmen, ist die Präsenz Chinas nahezu allumfassend. In vielen Staaten Lateinamerikas hat China die USA bzw. die EU als wichtigsten Handelspartner abgelöst. Auch bei Investitionen holt China sprunghaft auf.

Die Partnerschaft zwischen den Staaten Lateinamerikas, Deutschlands und Europas spielt vor diesem Hintergrund auch eine zentrale Rolle in der zunehmenden Konkurrenz gesellschaftlicher Prinzipien- und Ordnungsmodelle auf der Welt: Demokratie versus Autokratie, Freihandel versus Protektionismus und Multilateralismus versus Unilateralismus.

Der Erhalt der internationalen regelbasierten Ordnung und die Stärkung des freiheitlich-demokratischen Wertesystems in einer multipolaren Welt wird nur in Zusammenarbeit mit den demokratischen Partnern Lateinamerikas möglich sein. Nach wie vor ist Lateinamerika nach Europa und Nordamerika und neben Wertepartnern in Asien die demokratischste Region der Welt. Nur gemeinsam können wir das von uns präferierte System freiheitlich-demokratischer Gesellschaften und Staaten stärken und im Wettbewerb gegen die wachsenden autoritären und mitunter staatskapitalistischen Systeme behaupten. Die jüngste Krise in Venezuela verdeutlicht dies erneut.

Schon heute sind sich Europa und die meisten Staaten Lateinamerikas dieser Verantwortung bewusst und treten im Rahmen multilateraler Foren wie den Vereinten Nationen (VN) und den G20 für die gemeinsame Überzeugung ein, dass demokra-

¹ Im Folgenden schließt die Bezeichnung „Lateinamerika“ die Länder der Karibik ein.

tische Regierungsformen und offene Märkte die Grundvoraussetzung für das Erreichen der in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung vereinbarten Ziele sind. Diese Zusammenarbeit ist auch eine Möglichkeit, die transatlantische Partnerschaft insgesamt zu stärken. Es gilt, den Raum Europas mit der westlichen Hemisphäre insgesamt – also mit Nord-, Mittel- und Südamerika – gemeinsam zu denken.

Auch die fortschreitende Globalisierung, die längst in das Zeitalter der digitalen globalen Vernetzung gemündet ist, stellt alle Staaten vor Herausforderungen, die nur durch entschlossenes multilaterales Handeln zu bewältigen sind. Es liegt an jenen Staaten, die das internationale regelbasierte Ordnungssystem erhalten und stärken wollen, sich zu verbünden und Verantwortung zu übernehmen. Wenn uns dies gelingt, können wir einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen wie Klimawandel, Migration oder fortschreitender Digitalisierung aller Lebensbereiche leisten.

Da Deutschland in großem Maße von den Voraussetzungen der liberalen Weltordnung profitiert, die es alleine nicht garantieren kann, wird es in Zukunft noch stärker darauf ankommen, in Bündnissen mit Partnern zusammenzuarbeiten. Dies ist auch zentrales Anliegen der Mitgliedschaft Deutschlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) in den Jahren 2019 und 2020 und unserer VN-politischen Agenda.

Unsere gemeinsamen Anstrengungen gilt es, weiter auszubauen und intensiver zu koordinieren. Denn zusammen bringen die Europäische Union (EU) und die Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños, CELAC) ausreichend Gewicht in die Waagschale, um gemeinsamen Werten und Interessen auf globaler Ebene Geltung zu verschaffen. Zusammen leben in beiden Regionen über eine Milliarde Menschen, die 40 Prozent des Weltsozialprodukts erwirtschaften. Mit 61 Staaten stellen EU und CELAC gemeinsam knapp ein Drittel aller Mitglieder der Vereinten Nationen und verfügen somit über erhebliches Stimmgewicht.

Im Bemühen, Frieden, Freiheit und Sicherheit sowie den Zusammenhalt der Gesellschaften in der Welt zu stärken, sind die Staaten Europas und Lateinamerikas seit jeher natürliche Partner. Grundlage dieser Partnerschaft sind unsere gemeinsamen Werte und eine historisch gewachsene Verbundenheit, die unsere Beziehung von anderen abhebt. 20 Jahre nachdem die Strategische Partnerschaft zwischen unseren Regionen im Jahre 1999 auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Rio de Janeiro begründet wurde, ist es an der Zeit, diese Partnerschaft mit neuem Leben zu erfüllen und an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Dies entspricht unserer wertgebundenen Außenpolitik und dient unseren Interessen. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag möchte mit dieser Strategie den Weg dazu bereiten.

II. Gemeinschaft stärken, internationale Ordnung festigen, globalen Wandel gestalten

Um handlungsfähig zu sein, bedürfen Partnerschaften der stetigen Pflege und Investition. In die europäisch-lateinamerikanische Partnerschaft wurde in den vergangenen Jahren zu wenig investiert. Dies wollen wir als CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ändern. Wir möchten in den kommenden Jahren die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, der EU und Lateinamerika in allen Bereichen bilateral, regional und multilateral intensivieren. Wir wollen die Zusammenarbeit auch nutzen, um die transatlantische Partnerschaft insgesamt zu festigen. Besondere Schwerpunkte bilden die außenpolitische Zusammenarbeit zum Erhalt der liberalen, regelbasierten Ordnung, die Wirtschaftsbeziehungen, die Zusammenarbeit bei Zukunftstechnologien sowie der Austausch in Wissenschaft, Forschung, Bildung und Kultur.

In unserer Partnerschaft mit Lateinamerika lassen wir uns von folgenden Überzeugungen leiten:

- Trotz bestehender sozialer und wirtschaftlicher Probleme bilden die meisten Staaten Lateinamerikas in einer volatiler gewordenen Welt eine relativ stabile und friedliche Weltregion. Diesen Zustand gilt es durch partnerschaftliche Zusammenarbeit zu festigen.
- Die historisch-kulturelle Verbundenheit Lateinamerikas und Europas auf der Grundlage des christlich-jüdischen Menschenbildes und der gemeinsamen Wertebasis bleibt ein zentraler Anknüpfungspunkt für die Zusammenarbeit. Auf dieser Basis gilt es, bei der Bewältigung globaler Herausforderungen konstruktiv und entschlossen zusammenzuarbeiten. Über dieses gemeinsame Fundament hinaus gibt es ausgeprägte, über Jahrzehnte gefestigte Kontakte zwischen den Gesellschaften, bei denen die Kirchen ebenso wie die politischen Stiftungen, aber auch zahlreiche Wissenschafts- und Forschungsorganisationen, sowie Kultur- und Bildungseinrichtungen und Schulen, eine zentrale Rolle gespielt haben.
- Der auch in der Region wachsende Wohlstand macht den Kontinent mit einer Bevölkerung von mehr als 500 Mio. Menschen wirtschaftlich zu einem immer wichtigeren Partner Deutschlands und Europas. Zudem ist das wirtschaftliche und politische Potential der aufstrebenden Länder Lateinamerikas, ihre Bedeutung für unsere Nahrungsmittel-, Rohstoff- und Energieversorgung und ihre steigende Innovationskraft für Deutschland von strategischem Interesse.

Auch die konkrete Zusammenarbeit mit Lateinamerika folgt den übergeordneten außenpolitischen Interessen Deutschlands, welche im Weißbuch 2016 der Bundesregierung festgehalten sind und sich auch aus der Globalen Strategie der EU von 2016 ableiten lassen:

- Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie der Souveränität und territorialen Integrität unseres Landes;

- Schutz der territorialen Integrität, der Souveränität sowie der Bürgerinnen und Bürger unserer Verbündeten;
- Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger durch Prosperität unserer Wirtschaft und freien sowie ungehinderten Welthandel;
- Förderung des verantwortungsvollen Umgangs mit begrenzten Ressourcen und knappen Gütern in der Welt;
- Vertiefung der europäischen Integration und Festigung der transatlantischen Partnerschaft.

1. Eine Partnerschaft auf Augenhöhe: Souveränität fördern

Durch globale Machtverschiebungen und den Wettbewerb verschiedener gesellschaftlicher Systeme steigt für Deutschland und die EU die strategische Bedeutung der Zusammenarbeit mit Lateinamerika. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Gruppe unserer Partner und Freunde an Stärke gewinnt. Es hat sich gezeigt, dass insbesondere jene Gesellschaftsmodelle in Lateinamerika Erfolge erzielen, die auf Offenheit der Märkte, Pluralismus und demokratische Verankerung gesetzt haben.

Unser Ziel ist der weitere Aufbau attraktiver Partnerschaften auf Augenhöhe. Viele lateinamerikanische Staaten haben in den letzten Jahren politisch und wirtschaftlich an Gewicht gewonnen und verfügen über die besten Voraussetzungen, um gemeinsam zu einem noch wichtigeren Akteur auf internationaler Bühne aufzusteigen. Bei der regionalen Integration der Zusammenarbeit in Lateinamerika möchten wir begleitend zur Seite stehen und unterstützen, die institutionelle Stärke sowie die Handlungsfähigkeit unserer Freunde und Partner auszubauen. Oberste Prämisse unserer Partnerschaft ist die gegenseitige Anerkennung der Souveränität und gleichberechtigten Interessen der lateinamerikanischen Staaten wie der Staaten Europas.

In unseren Partnern in Lateinamerika sehen wir selbstbewusste Akteure, die uns – wie auch anderen Akteuren – gegenüber eigene Interessen zum Ausdruck bringen. Wir haben die größte Aussicht auf Erfolg, wenn wir die politischen Partner stärken, die unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell teilen.

Dazu ist aus deutscher Sicht eine Doppelstrategie notwendig: Wir wollen den Kreis unserer Freunde und Partner vergrößern und mit ihnen gemeinsam Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und rechtsstaatliche Institutionen stärken, während wir zugleich entschieden dem Einfluss von Akteuren entgegenreten, die autoritäre, undemokratische und ungerechte ordnungspolitische Modelle stützen.

Wir beobachten daher den wachsenden chinesischen und russischen Einfluss auf dem Kontinent im Hinblick auf Demokratie und Menschenrechte mit Sorge, da Menschenrechtsverletzungen in Kauf genommen und undemokratische Systeme zum eigenen Vorteil gestützt werden. Die Zuspitzung der Krise in Venezuela im Frühjahr 2019 ist der aktuellste Beweis solcher Entwicklungen. Politisch motivierte Kreditvergaben sowie geoökonomische Investitions- und Infrastrukturprojekte wie die sogenannte Belt-and-Road-Initiative drohen neue wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten zu schaffen. Dieser Gefahr gilt es in der Zusammenarbeit

mit den Staaten Lateinamerikas entgegen zu wirken. Dem chinesischen Engagement in der Region wollen wir konstruktiv mit einer eigenen Politik begegnen.

Unser Engagement und unsere Partnerschaft mit Lateinamerika darf nicht aus Lippenbekenntnissen bestehen. Wir wollen uns als langjähriger natürlicher Partner für die Staaten Lateinamerikas wieder stärker ins Bewusstsein rufen. Wir wollen europaweit für eine Neubelebung und einen Ausbau unserer Beziehungen werben. Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich zudem dafür ein, neue Finanzierungsinstrumente Deutschlands und der EU zu entwickeln, die größere Infrastrukturinvestitionen in Lateinamerika vereinfacht ermöglichen.

Zugleich gilt für uns: Wo es möglich ist, müssen Deutschland, die EU und die Staaten Lateinamerikas auch mit China zusammenarbeiten und dabei jene Standards bei Arbeits-, Umwelt- und Sozialschutz, Schutz geistiger Eigentümer usw. durchsetzen, für die Deutschland und die EU eintreten.

Die Länder der lateinamerikanischen Region sind als politische Partner und auch als Wirtschaftspartner in einer globalisierten Welt wichtiger und umworbener als zuvor. Das zunehmend selbstbewusste Auftreten Lateinamerikas gegenüber internationalen Partnern und Gremien sollte uns ein Ansporn sein, der Region unsererseits ebenfalls weiterreichende Aufmerksamkeit zu widmen. Es wird immer mehr darum gehen, die Staaten Lateinamerikas von einer zu starken Fokussierung auf den Export nicht-weiterverarbeiteter Rohstoffe hin zu einer auf höherer Wertschöpfung basierten Industrie und Wirtschaft vor Ort zu begleiten. Gerade hier können wir Europäer einen wichtigen Beitrag leisten.

Deutschland und die EU müssen sich aber auch auf ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit als Kooperationspartner konzentrieren und diese stärken. Die Zusammenarbeit mit Deutschland und der EU muss für Lateinamerika und über die Region hinaus handfeste Mehrwerte liefern und nachhaltig sein. Mehrwerte liegen insbesondere in den Chancen von Technologie- und Wissenstransfers, der Einhaltung und Umsetzung von Umwelt- und Sozialstandards sowie einem hohen Maß an Glaubwürdigkeit, politischer Stabilität und Verlässlichkeit.

2. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte stärken

Die historisch enge kulturelle Verbundenheit zwischen Europa und Lateinamerika spiegelt sich auch in der Struktur der Staatsformen wider: Nach Europa und Nordamerika ist Lateinamerika die demokratischste Region der Welt. Wenn wir unser Interesse der Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung durchsetzen wollen, sind die demokratischen Staaten Lateinamerikas unverzichtbare Partner für eine Werteallianz.

Europa und die Staaten Lateinamerikas stehen dabei im Bereich der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte vor verschiedenen Herausforderungen:

Vielen Ländern Lateinamerikas ist es trotz aller Fortschritte noch nicht gelungen, stabile und in der Bevölkerung verankerte Parteiensysteme zu etablieren. Die Staaten Lateinamerikas sind ausgeprägte Präsidialsysteme mit eher schwachen Parlamenten. Durch die weit verbreitete Schwäche von Parteien und Parlamenten wurden nicht nur häufig kohärente Reformen erschwert, sondern auch populistische Regierungen mit autoritären Zügen begünstigt. Durch die Arbeit unserer politischen Stiftungen und die Zusammenarbeit der Parlamente, z.B. mit den Freundschaftsgruppen im Deutschen Bundestag, wollen wir die parlamentarische Arbeit unterstützen und stärken. Damit gewinnen die Parlamente und die politischen Parteien an Bedeutung und Ansehen.

In der Bevölkerung mangelt es an Vertrauen in die Politik. In verschiedenen Staaten Lateinamerikas haben sich viele Parteien bei den Wählern durch Korruption und Vetternwirtschaft diskreditiert. Auch die Enttäuschung bzw. Verbitterung über die geringe soziale Verantwortung eines Großteils der nationalen Eliten hat ihren Ausdruck in einem radikal veränderten Wahlverhalten gefunden.

Die Menschen in Lateinamerika fordern mehr politische und gesellschaftliche Teilhabe und sind bereit, sich stärker in politische Prozesse einzubringen. Auch die Parteienlandschaft in Lateinamerika verändert sich. Wir müssen historisch gewachsene Partnerschaften pflegen und zeitgleich offen für die Zusammenarbeit mit neuen Akteuren bleiben.

Es ist daher umso wichtiger, dass wir mit Partnern des demokratischen Zentrums und der Christdemokratie zusammenarbeiten, die unsere Werte und Überzeugungen teilen. Unsere engen Beziehungen zu PRO in Argentinien oder der PAN in Mexiko sind dafür gute Beispiele. Auch mit der PDC Chile arbeiten wir seit Jahrzehnten gut und eng zusammen. Parteien bleiben auch weiterhin zentrale Akteure der Gestaltung von Politik und gesellschaftlicher Entwicklung. Konrad-Adenauer-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung verfügen insbesondere in Lateinamerika über hervorragende parteipolitische Netzwerke und Zugänge, die wir pflegen, nutzen und ausbauen wollen.

Es bestehen gute Voraussetzungen dafür, dass wir uns zusammen mit unseren Partnern im Sinne von „Good Governance“ für eine demokratische Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit sowie Stärkung der Indigenen- und Menschenrechte einsetzen.

„Gute Regierungsführung“ schließt auch Finanzverwaltung, Steuer- und Haushaltspolitik, Anti-Korruptionspolitik und den Ausbau rechtsstaatlicher Kontrollinstanzen ein. Deutschland und die EU sind bereit, entsprechend den Wünschen der Partner Expertise bereitzustellen und Erfahrungen auszutauschen, wie wir es in den vergangenen Jahren bereits getan haben.

Ein funktionierender Rechtsstaat und starke Institutionen sind auch die Grundlage für dauerhaftes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Die in Lateinamerika verbreitete Korruption, mangelnde Rechtsdurchsetzung und Straffreiheit stellt jedoch nach wie vor ein großes Investitionshemmnis und Sicherheitsrisiko für deutsche

und europäische Unternehmen dar. Wir setzen uns dafür ein, dass sich Deutschland und die EU auf Grundlage gemeinsamer Interessen mit Lateinamerika in Zukunft noch stärker in der Rechtsstaatszusammenarbeit engagieren. Hierfür müssen zusätzliche finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden. Dies ist nicht nur eine Investition in die transatlantische Partnerschaft, sondern auch in die weitere Wettbewerbsfähigkeit deutscher und europäischer Unternehmen.

Wir begrüßen und unterstützen auch die Beiträge der Venedig Kommission des Europarats in der Rechtsstaatszusammenarbeit mit Lateinamerika.

Rechter und linker Populismus greifen als Phänomen in den letzten Jahren wieder verstärkt um sich. Europa und Lateinamerika sind hiervon in ähnlicher Weise betroffen. Entsprechend wollen wir populistische Tendenzen im Rahmen unserer Partnerschaft als gemeinsame Herausforderung begreifen und entschlossen dagegen vorgehen. In extremer Ausprägung können populistische Bewegungen in Autokratien und Diktaturen münden. Deren Einhegung ist eine lateinamerikanisch-europäische Gemeinschaftsaufgabe.

Im Zeitalter digitaler Kommunikation gehört hierzu auch der gemeinsame Einsatz gegen sogenannte „Fake News“ und Desinformationskampagnen im Internet, sozialen und digitalen Medien. Hier gibt es in Lateinamerika interessante Initiativen. Ein Erfahrungsaustausch ist lohnenswert.

Nach Berichten der VN aus dem Jahr 2017 ist Lateinamerika außerhalb von Kriegsgebieten die gefährlichste Region für Frauen weltweit. Über die Hälfte der Länder mit den höchsten Raten für Frauenmorde liegt in Lateinamerika. Der „Machismo“ bleibt ein prägendes Merkmal in weiten Teilen der Region, zudem gibt es ein hohes Niveau körperlicher und sexueller Gewalt gegen Frauen. Die zunehmende Thematisierung und der wachsende Widerstand gegen diese Missstände sind positive Entwicklungen, die es zu unterstützen gilt. Wir wollen die Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen durch nichtstaatliche Organisationen stärken und in den staatlichen Ordnungen etablieren. Auch die Gleichberechtigung der Geschlechter muss vorangebracht und gesetzlich verankert werden. Lateinamerika ist für Europa zudem eine Schlüsselregion zur Stärkung der Rolle und politischen Teilhabe von Frauen. In Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 gibt es zahlreiche Ansätze, mit denen die Einbindung von Frauen in krisenpräventive Arbeit gestärkt und ihre Rolle im politischen Leben gefördert werden kann.

Es gibt bereits einige Beispiele von erfolgreichen Frauen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sowie eine hohe Anzahl von Frauen organisierter zivilgesellschaftlicher Organisationen – von den „Damas de Blanco“ bis zu den „Madres de la Plaza de Mayo“. Diese Initiativen und Zusammenschlüsse gilt es gezielt weiter aufzubauen, um die Sicherheit von Frauen in der Region zu verbessern.

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den sozial und wirtschaftlich vielfach besonders marginalisierten indigenen Bevölkerungen bleibt eine wichtige Aufgabe. Hier verfügt das Regionalprogramm „Indigene Bevölkerung“ der Konrad-

Adenauer-Stiftung bislang über ein Alleinstellungsmerkmal. Die CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag wird sich auch künftig für eine Verstärkung entwicklungspolitischer Aktivitäten in diesem Bereich einsetzen.

3. Gemeinsamen Wohlstand steigern: Wirtschaft und Handel intensivieren

Wirtschaft und Handel standen historisch immer im Zentrum der bi-regionalen Zusammenarbeit. Die Beziehungen zwischen Deutschland, der EU und den Staaten Lateinamerikas sind daher eng: Mit einem Drittel aller Investitionen ist die EU der größte ausländische Investor in der Region. Nach den USA ist die EU der zweitwichtigste Handelspartner Lateinamerikas, auch wenn China stetig aufholt. Europa bezieht große Teile seiner Rohstoffe und Lebensmittel aus Lateinamerika. So machen Agrarrohstoffe über 30 Prozent der deutschen Importe aus Brasilien und Argentinien aus. Beide Länder sind weltweit die Volkswirtschaften, welche ihre höchsten Überschüsse im Außenhandel mit Nahrungsmitteln erzielen.

Gerade vor dem Hintergrund der Verfasstheit der Wirtschaft vieler Staaten Lateinamerikas und zum Teil hoher Einkommensdisparität, bietet die Soziale Marktwirtschaft ein interessantes Modell für viele Staaten Lateinamerikas. Dies kann ein wichtiger Ansatzpunkt der bilateralen Wirtschaftszusammenarbeit sein. Zugleich bleibt die Diversifizierung der Wirtschaft in manchen Staaten Lateinamerikas immer noch notwendige Voraussetzung für eine zukunftsfeste Entwicklung.

Die Region ist aber auch ein wichtiger Standort für deutsche Unternehmen. Sie nehmen in einigen lateinamerikanischen Ländern Schlüsselpositionen in bestimmten Industriesektoren ein. In den beiden größten lateinamerikanischen Volkswirtschaften – Mexiko und Brasilien – erwirtschaften deutsche Tochterfirmen rund 5 Prozent des nationalen Bruttoinlandsproduktes. An der Wertschöpfung des brasilianischen Industriesektors sind deutsche Firmen mit etwa 15 Prozent beteiligt.

Der Zugang zu freien Märkten weltweit ist ein Stützpfeiler des Erfolgsmodells der deutschen Wirtschaft. Der Abschluss neuer fairer und entwicklungsfreundlicher Freihandelsabkommen und die Erweiterung bestehender Verträge liegen deshalb im elementaren Interesse unseres Landes. Die EU hat bereits mit 26 von 33 Ländern Lateinamerikas Handelsabkommen abgeschlossen. Dazu zählen unter anderem Mexiko, Chile, Kolumbien, Ecuador und Peru sowie seit 2008 die Staaten des Karibischen Forums (CARIFORUM).

Bei einer erfolgreichen marktwirtschaftlichen Integration könnten insbesondere der MERCOSUR und die Pazifik-Allianz ihren Mitgliedern die Möglichkeit bieten, die Wertschöpfungsketten in den Mitgliedsländern nachhaltig zu verlängern und ihre Industrien insgesamt zu stärken. Zukünftig könnte so die nach wie vor starke Abhängigkeit der Länder von Rohstoff- und Agrarexporten reduziert werden.

Die Mitgliedsländer des MERCOSUR, Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und – nach einer hoffentlich mit einem politischen Wechsel einhergehenden Ende

der Suspendierung von – Venezuela erwirtschaften fast 40 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts Lateinamerikas. Das sich derzeit in Verhandlung befindliche EU-Abkommen mit den MERCOSUR-Staaten möchten wir schnellstmöglich zu einem erfolgreichen Abschluss bringen. Hierzu bedarf es auch stärkerer Flexibilität auf der Seite der EU. Die deutsche und europäische Industrie hat eine besonders starke Stellung im MERCOSUR. Mit einem Anteil von knapp 22 Prozent (2016) am Handelsvolumen ist die EU der größte Handelspartner des MERCOSUR. Das Freihandelsabkommen mit dem MERCOSUR wird das größte, das die EU bislang geschlossen hat. Von einem erfolgreichen Abschluss erwarten wir auch eine positive Signalwirkung für den Freihandel insgesamt.

Vor allem die Länder der Pazifik-Allianz (Chile, Kolumbien, Mexiko, Peru und Ecuador als eventuell nächstem Mitglied) könnten sich zu einer Drehscheibe des Handels zwischen Atlantik und Pazifik entwickeln und so von der wirtschaftlichen Dynamik in Asien profitieren. Bereits jetzt bilden sie gemeinsam die achtgrößte Volkswirtschaft der Welt. Angesichts protektionistischer Tendenzen in Teilen der Welt ist die EU auch für die Pazifik-Allianz ein attraktiver Partner. Die EU verfügt bereits mit allen Staaten der Allianz über bilaterale Handelsabkommen. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag setzt sich entschieden für eine assoziierte Mitgliedschaft der EU in der Pazifik-Allianz ein.

Lateinamerika ist für Deutschland ein wichtiger Produktionsstandort und ein stetig wachsender Absatzmarkt. Alleine das deutsche Handelsvolumen mit den Staaten Lateinamerikas beträgt über 50 Mrd. Euro, ist damit also rund dreimal so groß wie das Handelsvolumen Deutschlands mit dem ebenfalls wichtigen Wachstumsmarkt Indien. Mit der Wirtschaftskraft wächst auch der Bedarf an Modernisierung und Ausbau der Infrastruktur in der Region. Damit eröffnen sich auch Perspektiven für die deutsche Wirtschaft. Eine neu aufgelegte und ausgeweitete Außenwirtschaftsförderung kann deutschen Firmen helfen, wieder verstärkt in lateinamerikanische Märkte zu investieren. Wir setzen uns deshalb für den Aufbau eines Netzwerkes von „German Desks“ ein. Diese Kooperationsprojekte der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) zusammen mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) bündeln Erfahrungen und regionale Expertise. Damit unterstützen sie gerade auch kleine und mittelständische deutsche Unternehmen als Ansprechpartner beim Eintritt in lateinamerikanische Märkte.

Es liegt darüber hinaus im deutschen Interesse, Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auch mit weiteren lateinamerikanischen Staaten zu schließen.

In den letzten 20 Jahren haben viele Staaten Lateinamerikas ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum erlebt. Dadurch hat sich die Lebenssituation in vielen Staaten der Region erheblich verbessert. Dennoch weist Lateinamerika bis heute große Gegensätze auf: Während Schwellenländer wie Argentinien, Brasilien oder Mexiko nicht nur als Mitglieder der G20 zu global gestaltenden Kräften aufstrebten, kämpfen Entwicklungsländer wie Honduras, Guatemala oder Nicaragua noch immer mit Armut und schwach entwickelter Staatlichkeit. Der Zugang zu zentralen öffentlichen Gütern wie Bildung und Gesundheit ist für große Teile der Bevölkerung nicht gesichert. Soziale Leistungen richten sich primär an öffentliche Bedienstete und

Beschäftigte im formalen Sektor. Das ärmste Fünftel der Region erhält nur knapp zehn Prozent aller Sozialtransfers.

Diesen Unterschieden wollen wir mit einer partnerschaftlichen und auf die jeweiligen Bedürfnisse angepassten Entwicklungszusammenarbeit begegnen. Dabei leitet uns die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der VN, die wir gemeinsam mit unseren Partnern umsetzen wollen. Gute Regierungsführung ist auch künftig ein Schlüsselfaktor für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Die auf fortgeschrittene Partnerländer zugeschnittene entwicklungspolitische Zusammenarbeit der Bundesregierung soll weiter signifikante und auf gegenseitigen Nutzen ausgerichtete Beiträge leisten. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit liegt beim Schutz globaler öffentlicher Güter, etwa von Umwelt und Klima, sowie der Förderung guter Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit.

Viele lateinamerikanische Länder erweisen sich dabei als sehr verlässliche Partner, die über eine gefestigte staatliche Institutionenlandschaft verfügen. Dies ermöglicht auch die Umsetzung anspruchsvoller Projekte mit hoher Eigenverantwortlichkeit der Partnerstaaten. Die Kooperation mit den regionalen Entwicklungsbanken kann bei dieser Zusammenarbeit eine noch bedeutendere Rolle spielen. Hierzu sollte Deutschland seine Rolle in der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IDB) und der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft (IIC) stärken, sowohl durch finanzielle Zahlungen als auch durch die Aufstockung des deutschen Personals.

Auch bei der Entwicklungszusammenarbeit mit den Staaten sollte bei fortschreitender Entwicklung die Mobilisierung von Privatkapital verstärkt gefördert werden, ebenso wie die weitere Motivation deutscher und europäischer Partner zur Einbringung von Kapital in lateinamerikanische Projekte.

4. Nachhaltig wirtschaften, Klima schützen, die Schöpfung bewahren

Die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der VN mit ihren 17 Zielen (Sustainable Development Goals) gilt für alle Staaten dieser Welt. Sie stellt die grundlegende Voraussetzung für eine breite Teilhabe an Wohlstand und Entwicklung auch in Lateinamerika dar. Damit sich die Gesellschaften friedlich, inklusiv und freiheitlich entwickeln, extreme Armut vermindert und Ressourcen geschützt werden können, besteht neben der ökologischen Nachhaltigkeit auch eine zentrale Herausforderung darin, den Zusammenhalt der Gesellschaften zu stärken.

In unserer Partnerschaft mit den Staaten Lateinamerikas wollen wir zwei Interessen verfolgen: Einerseits benötigen die deutsche und europäische Wirtschaft den Zugang zu Ressourcen und Rohstoffen. Zugleich treten wir für deren nachhaltige Nutzung ein, um auch zukünftigen Generationen den Zugang zu wichtigen Ressourcen zu ermöglichen und die Schöpfung zu bewahren.

Gerade mit Blick auf die fortschreitende Digitalisierung aber auch auf die rasante Entwicklung der E-Mobilität kommt der Zusammenarbeit mit Lateinamerika bei der nachhaltigen Förderung von Rohstoffen eine herausragende Bedeutung zu. Knapp 60 Prozent der globalen Produktion von Lithium kommen aus Lateinamerika. Hier gilt es, strategische Partnerschaften zu entwickeln und zugleich für einen sozial- und umweltverträglichen Abbau einzutreten.

Darüber hinaus müssen wir uns zusammen mit unseren Partnern vor Ort für die Schaffung von Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum, eine nachhaltige Gestaltung von Wertschöpfungsketten im Bereich der agrarischen und mineralischen Rohstoffe unter Einhaltung internationaler Vereinbarungen zu Sozial- und Umweltstandards sowie für menschenwürdige Arbeit einsetzen. Soziale Kohäsion ist für uns ein fundamentaler Wert. In der Zusammenarbeit mit Lateinamerika haben wir vereinbart, im Kampf gegen soziale Ungleichheit, Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen und Armut zusammenzuarbeiten, um negativen Auswirkungen auch auf das Wirtschaftswachstum zu verhindern. Nicht alle in Lateinamerika engagierten Akteure sehen hierin eine Priorität.

Das Modell nachhaltiger Rohstoffpartnerschaften und die Zusammenarbeit beim Aufbau einer einheimischen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sollte von europäischer Seite intensiv vorangetrieben werden. Denn eine europäische Unterstützung bei der nachhaltigen Weiterentwicklung der lateinamerikanischen Rohstoffökonomien stärkt sowohl die Wettbewerbsposition als auch die politische Glaubwürdigkeit Europas in Lateinamerika.

Die Staaten Lateinamerikas sind zentrale Partner, wenn es um die Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens aus dem Jahr 2015 geht. Das Abkommen ist und bleibt für uns zentraler Referenzpunkt unserer internationalen Zusammenarbeit im Umwelt- und Klimabereich.

Mit ihren hohen Waldvorkommen wie dem Amazonas-Regenwald trägt die Region erheblich dazu bei, Kohlenstoffe zu binden. Programme wie REDD+ ("Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation and the Role of Conservation") der VN-Klimarahmenkonvention vereinen Waldschutz und Klimaschutz. Der Schutz der Waldressourcen spielt auch eine wichtige Rolle bei der Frage, wie klimafreundliche Ernährungswirtschaft betrieben werden kann.

Lateinamerika kann schon jetzt auf zahlreiche erfolgreiche Beispiele der technischen und finanziellen Zusammenarbeit in den Bereichen Umwelttechnik, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zurückblicken. Auch in Zukunft besteht aufgrund der teils ambitionierten Zielsetzungen (Nationally Determined Contributions) unserer Partner in der Region Ausbaubedarf sowohl in der Energiegewinnung als auch im Bereich der Übertragungsnetze. Deutschland kann hier mit Know-how und Technologietransfer einen wichtigen Beitrag für die nachhaltige Energiesicherheit leisten und zugleich wichtige Erkenntnisse gewinnen, die sich auch auf unsere Herausforderungen bei der Umsetzung der Energiewende übertragen lassen. Einen wichtigen Beitrag leisten auch die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderten kommunalen

Klimapartnerschaften zwischen Gemeinden Lateinamerikas und Deutschlands. Deren Zahl wollen wir weiter erhöhen und ausbauen.

Die Karibik ist schon jetzt oftmals von starken Naturkatastrophen betroffen. Es ist zu befürchten, dass diese im Zuge des Klimawandels in Quantität und Ausmaß weiter zunehmen werden. Daher sollte sich Deutschland auch künftig verstärkt im Bereich des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel engagieren, etwa im Rahmen von Klimarisikoversicherungen, beispielsweise über die Initiative „In-suResilience“.

Die Ernährungssicherheit stellt ein weiteres wichtiges Brückenthema für Deutschland, die EU und Lateinamerika dar. Die Landwirtschaft ist ein erfolgreicher und elementarer Wirtschaftszweig in Lateinamerika. Die Region verfügt über ein erhebliches Fach- und Erfahrungswissen. Damit kann die Region einen wichtigen Beitrag zur globalen Ernährungsversorgung im Zuge des voranschreitenden Wachstums der Weltbevölkerung leisten. Entsprechend wollen wir den thematischen Austausch zu nachhaltiger Ernährungssicherung, zur Agrarökologie und zu Zukunftstechnologien wie „Smart Agriculture“ auf verschiedenen Ebenen befördern. Um diese Expertise gezielt zu nutzen, wollen wir in Zukunft verstärkt mögliche Süd-Süd-Kooperationen und trilaterale Austauschformate zwischen der EU, Lateinamerika und dem afrikanischen Kontinent unterstützen.

5. Multilaterale Zusammenarbeit fördern – in der Region wie in der Welt

Deutschland ist in seinem internationalen Handeln fest eingebunden in multilaterale Strukturen. Die Zusammenarbeit mit Partnern verleiht unserem Handeln Legitimität, Effektivität und Effizienz. Nur gemeinsam lassen sich die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen. Deshalb wollen wir die deutsche und europäische Zusammenarbeit mit Lateinamerika in internationalen Organisationen stärken, die deutsche Präsenz in lateinamerikanischen Regionalorganisationen und Organisationen der westlichen Hemisphäre ausbauen und Integrationsprozesse in Lateinamerika konstruktiv begleiten.

Wir wollen gerade die deutsche Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat 2019/20 dazu nutzen, die Vereinten Nationen zu reformieren, sie schlagkräftiger zu machen und damit die internationale, regelbasierte Ordnung zu stärken. Hierzu benötigen wir engagierte Partner. Viele finden wir unter den Staaten Lateinamerikas. Daher kommt nicht nur der engen Abstimmung mit den Vertretern der sogenannten „GRULAC“ (Group of Latin American and Caribbean Countries) im VN-Sicherheitsrat eine besondere Bedeutung zu. Auch darüber hinaus streben wir mit allen Staaten Lateinamerikas, die unsere gemeinsamen Werte und Interessen teilen, eine enge Zusammenarbeit in der Generalversammlung der VN an. Zugleich wollen wir die Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat auch dazu nutzen, die Interessen und Themen stärker zur Sprache in den VN kommen zu lassen, die unseren lateinamerikanischen Partner in besonderer Weise am Herzen liegen. Dazu stimmen wir uns eng mit den Sicherheitsratsmitgliedern aus der Region ab. In der Reformdebatte zum

VN-Sicherheitsrat unterstützen wir eine stärkere Berücksichtigung Lateinamerikas. Für eine demokratische Werteallianz gewinnt die Zusammenarbeit im VN-Menschenrechtsrat an besonderer Bedeutung. In diesem Gremium gilt es, dem eingetübten Zusammenspiel autoritärer Staaten wirkungsvoll entgegenzutreten. Und es geht darum, einseitige Isolierungsversuche gegenüber Israel entschieden einzudämmen.

Eine besondere Rolle bei der Zusammenarbeit mit den Staaten spielen auch die internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank. Wir setzen uns für die Stärkung der lateinamerikanischen Rolle in beiden Organisationen ein, um ihre Akzeptanz und Wirkung in der Region zu stärken und die Rolle alternativer Kreditgeber, die deutlich niedrigere menschen- und umweltrechtliche Standards anlegen, auszubalancieren.

Auch die G20 sind aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion ein wichtiges Forum zur Lösung globaler Zukunftsfragen, vor allem in der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Argentinien bei der Themensetzung und Übergabe der G20-Präsidentschaft in den Jahren 2017 und 2018 waren ein gutes Beispiel, auf das wir in der Zukunft aufbauen können. Hier gilt es, eine noch engere Abstimmung mit den lateinamerikanischen G20-Staaten Argentinien, Brasilien und Mexiko, ergänzt durch eine Abstimmung mit den Vertretern der westlichen Hemisphäre insgesamt, also inklusive USA und Kanada, zu etablieren. Denn gemeinsam stellen die Staaten der westlichen Hemisphäre und Europas die Hälfte der G20-Staaten.

Die OECD hat als Forum marktwirtschaftlich orientierter Demokratien globale Bedeutung. Aus Lateinamerika sind Mexiko, Chile und Kolumbien Mitglieder der Organisation. Costa Rica befindet sich in Beitrittsverhandlungen. Brasilien, Argentinien und Peru haben im Rahmen eines Kooperationsprogramms Reformprozesse in Gang gesetzt, um sich der Gemeinschaft anzunähern. Der OECD wird zukünftig eine noch stärkere Bedeutung bei der Standardsetzung gerade für Bildung, aber zum Beispiel auch bei einer fairen Steuergesetzgebung zukommen. Hierfür werden wir auch in Zukunft die Beitrittsbemühungen lateinamerikanischer Staaten und die damit verbundenen internen Reformprozesse von deutscher und europäischer Seite unterstützen. Zugleich gilt es, in den Mitgliedstaaten auch nach ihrem Beitritt zur OECD die Reformprozesse weiter zu begleiten.

Ebenso begrüßen wir die Beiträge der VN Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) im Bereich der Wirtschaftsforschung und Förderung nachhaltiger Entwicklung in Lateinamerika.

Um eine Weiterentwicklung der 1999 initiierten strategischen Partnerschaft zwischen EU und Lateinamerika zu fördern, werden wir auch künftig die seit 2010 in Hamburg ansässige EU-LAK-Stiftung und die anderen in Deutschland ansässigen Kooperationsorganisationen fördern. Die räumliche Nähe muss genutzt werden, um einen noch intensiveren Austausch zwischen den Organisationen und dem Deutschen Bundestag mit dem Ziel zu schaffen, die Kooperation zwischen der EU, Deutschland und Lateinamerika zu intensivieren.

Auch im Bereich der bilateralen strategischen Partnerschaften gilt es, weitere Länder in der Region in den Blick zu nehmen. Die bestehende strategische Partnerschaft Deutschlands mit Brasilien muss mit neuem Leben und verstärktem politischen Engagement gefüllt werden. Brasilien ist nicht nur durch diese seit 2008 bestehende strategische Partnerschaft, sondern auch durch die Vielzahl von Unternehmens- und Wirtschaftskontakten sowie durch die enge Verbundenheit im Rahmen der „G4“, die für eine Reform des VN-Sicherheitsrates eintreten, ein ganz besonderer Partner. Wir wollen das vorhandene Potenzial nutzen, um noch enger zusammenzuarbeiten und auch die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen erneut deutlich zu beleben. Die beiderseitigen Regierungskonsultationen sollten wieder regelmäßig stattfinden. Dabei erlaubt eine strategische Partnerschaft auch den Austausch über strittige Punkte zwischen Partnern. Perspektivisch kann daran gedacht werden, auch mit Mexiko als wichtigem Akteur eine solche strategische Partnerschaft einzugehen.

Bei allen gemeinsamen Interessen sehen wir gerade mit Blick auf die regionale Integration in Lateinamerika auch Herausforderungen: Die Volkswirtschaften Lateinamerikas sind nicht ausreichend miteinander verflochten. Dies wird deutlich an der Vielzahl unterschiedlicher (sub-) regionaler Initiativen, die einen unterschiedlichen Integrationsgrad aufweisen: Die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR), die Andengemeinschaft (CAN), der Gemeinsame Markt des Südens (MERCOSUR) und die 2010 gegründete Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten (CELAC).

Regionale Zusammenarbeit ist jedoch auch auf dem lateinamerikanischen Kontinent von besonderer Bedeutung, um beispielsweise Wirtschafts- und Sozialstandards systematisch zu verankern, eine flächendeckende Ausbildung und einen effektiven Klima-, Wald- und Biodiversitätsschutz zu gewährleisten. Regionale Integration und multilaterale Zusammenarbeit fördern aber auch das Vertrauen der Staaten untereinander und tragen zu einer Stärkung der regionalen Eigenverantwortung bei.

Europa ist auf Grund seiner Entwicklung in den letzten Jahrzehnten dazu prädestiniert, eine solche regionale Integration auf Grund seiner Erfahrungen zu unterstützen und dabei zu helfen, dass Länder mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen und kulturellen Hintergründen zu einem zunehmend gemeinsamen Handeln im gegenseitigen Interesse finden.

Von besonderem strategischen Interesse und zugleich mit besonderer Legitimität versehen ist die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Sie ist mit 35 Mitgliedern von Kanada bis Chile nicht nur die älteste noch bestehende Regionalorganisation der Welt, sondern zugleich die umfassendste Staatenorganisation der Amerikas. Sie hat bei der Verankerung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen sowie der Festigung menschenrechtlicher Standards einen erheblichen positiven Beitrag geleistet. Gerade heute leisten die wichtigen, weithin anerkannten Wahlbeobachtungsmissionen, das hochgeachtete Interamerikanische Menschenrechtssystem mit dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte sowie die

Plattformen zum Austausch über soziale und wirtschaftliche Aspekte einen signifikanten Beitrag zur regionalen Integration. Hierdurch fördert die OAS gezielt Zusammenarbeit und den Zusammenhalt von Staaten in Nord-, Mittel- und Südamerika sowie der Karibik. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine Unterstützungsbemühungen für die OAS intensiviert und sein Engagement sowie seine Präsenz dadurch unterstreicht, dass es einen eigenständigen Botschafter bei der Organisation akkreditiert, so wie es andere europäische Staaten bereits getan haben. Dabei kann die Zusammenarbeit in der OAS ein weiteres wichtiges Element der transatlantischen Kooperation mit den USA und Kanada darstellen.

Das Signal, dass viele Staaten Lateinamerikas mit dem neuen Zusammenschluss „Pro-Sur“ aussenden, kann einen wichtigen Beitrag leisten, Demokratien und offene Märkte zu stärken. Deutschland sollte dieses junge Projekt unterstützen und die enge Abstimmung suchen.

6. Digitalisierung gemeinsam gestalten

Die Digitalisierung einschließlich der Debatten um die Fragen der Rechtsdurchsetzung im Internet, Datenschutz und Privatsphäre, Cybersicherheit, hybride Bedrohung von Debatten sowie die Entwicklung und Nutzung von künstlicher Intelligenz (KI) stellt auch ein herausragendes Thema für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, der EU und Lateinamerika dar.

Gemeinsam betrachtet sind die EU und Lateinamerika ein großer Entwicklungs- und Abnehmermarkt für Soft- und Hardware. Dieses Gewicht müssen wir gemeinsam nutzen, um den Prozess der Digitalisierung nach gemeinsamen Standards zu gestalten und unserem Anspruch von Datenschutz aber auch der Resilienz von Systemen Geltung zu verschaffen.

Für uns ist das Internet kein rechtsfreier Raum. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen- und Völkerrecht auch im Internet zur Anwendung kommen. Aus diesem Grund hat sich Deutschland in den vergangenen Jahren in erheblichem Maße in der *UN Group of Governmental Experts on Developments in the Field of Information and Telecommunications in the Context of International Security* (UNGGE) engagiert.

Die Systemkonkurrenz zwischen demokratischen und autoritären Systemen überträgt sich zunehmend auf die Regulierungssysteme des Internets. Berichte über Einführung von „Social Credit“-Systemen, wie z.B. in China, alarmieren uns. Unser Anspruch muss es daher sein, auch in Zukunft ein freies und offenes Internet zu ermöglichen, dass nur von klaren, demokratisch fixierten Regeln reguliert wird. Denn die Gewährleistung des Rechts auf Privatheit im Internet hat auch direkte Auswirkungen auf andere Menschenrechte wie die Meinungs- oder Versammlungsfreiheit. Bereits in der Vergangenheit war die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und einigen Staaten Lateinamerikas bei diesem Thema eng. So können Deutschland und Brasilien auf eine gemeinsame VN-Initiative zur Privatsphäre im digitalen Raum aus dem Jahr 2013 zurückblicken. Hieran sollten wir auch für die Zukunft anknüpfen.

Diese enge Zusammenarbeit wollen wir auch auf weitere Zukunftstechnologien ausweiten. So wollen wir uns bei der Nutzung künstlicher Intelligenz (KI) gemeinsam auf internationaler Ebene positionieren. Hierzu wollen wir Leitlinien zum Einsatz von KI und den Umgang mit ethischen Herausforderungen, insbesondere in Bezug auf die Arbeitsweise von Algorithmen, multilateral diskutieren und gemeinsam mit unseren Partnern aus Lateinamerika Positionen entwickeln.

Ebenso setzen wir uns mit Blick auf Lateinamerika für eine Vernetzung auf zivilgesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene ein, z.B. von Start-Ups im IT-Bereich. Auch dies dient dazu, ein gemeinsames Verständnis für die Nutzung der Chancen der Digitalisierung zu entwickeln.

Digitalisierung bietet beispielsweise durch Anwendungen in Bildung und Landwirtschaft eine Chance für bislang ärmere Regionen, einen Entwicklungssprung zum Wohle der Bevölkerung zu machen. Die Vorteile der Digitalisierung müssen aber allen gesellschaftlichen Ebenen zugutekommen, um eine digitale Spaltung zu vermeiden und soziale Ungleichheit ebenso abzubauen wie gesellschaftliche Konflikte.

7. Kultur und Bildung: Auf gemeinsames Wertefundament bauen

Lateinamerika hat sich immer als Teil der westlichen Welt und der Gemeinschaft der Demokratien verstanden. Gemeinsame Werte auf Grundlage des christlich-jüdischen Menschenbilds, historisch gewachsene, enge kulturelle, auch sprachliche Verbundenheit schaffen eine einzigartige Grundlage für die Gestaltung der Zusammenarbeit. Das weit verbreitete und fest verankerte Netz Deutscher Auslandsschulen ist seit Jahren Rückgrat dieser engen Zusammenarbeit.

Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Grundlagen für einen sukzessiven und nachhaltigen Strukturwandel hin zu modernen Wissensgesellschaften. Die Förderung freier Forschung und Lehre und die Ausbildung künftiger Eliten in wissenschaftlichem Dialog tragen zudem zur Friedenssicherung und zur demokratischen Transformation bei. Internationale Wissenschaftskooperationen ermöglichen die Festigung politischer Beziehungen im vopolitischen Raum.

Deutschland ist ein verlässlicher und attraktiver Partner Lateinamerikas in der Zusammenarbeit in Forschung und Bildung und positioniert sich in forschungspolitisch und geostrategisch wichtigen Ländern durch gezielte Maßnahmen mit hoher Sichtbarkeit, wie beispielsweise dem Humboldt-Jahr 2019. Die Leitlinien hierfür sind durch die Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung vorgegeben. Die Internationalisierungsstrategie wurde unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) erarbeitet, 2008 veröffentlicht und im Jahr 2017 erneut aufgelegt. Ziel der Aktivitäten ist es, die deutsche Wissenschaft mit den Partnerländern in Lateinamerika zu vernetzen und die Zusammenarbeit in Feldern von gemeinsamem Interesse wie z.B. der Erhaltung der Biodiversität, Umwelt, Klimawandel, Gesundheitsforschung, Bioökonomie, Geisteswissenschaften zu fördern. Darüber hinaus soll

durch intensivierte Zusammenarbeit mit aufstrebenden Wissenschaftsnationen in Lateinamerika der Zugang zu globalen Wissensquellen und die Einbettung in internationale Innovationsprozesse erreicht und der gemeinsame Forschungsraum Europa-Lateinamerika-Karibik gestärkt werden.

Aktuelle Schwerpunktländer der Wissenschaftlich-Technologischen Zusammenarbeit mit Lateinamerika sind Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien und Mexiko. Neu sind Kooperationen mit Costa Rica und Kuba. Mit den übrigen Ländern in Lateinamerika und der Karibik besteht die Möglichkeit der Zusammenarbeit u.a. über eine von Deutschland gemeinsam mit Argentinien gegründete und koordinierte bi-regionale Interest Group für gemeinsame Förderinitiativen.

Die bereits bestehenden Ansätze bi-nationaler sowie bi-regionaler Kooperationen zwischen der EU und den lateinamerikanischen Staaten beim Auf- und Ausbau von Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungssystemen und der Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern zwischen Deutschland und Lateinamerika wollen wir daher stärken, um die Potenziale Lateinamerikas besser zu fördern und langfristige Bindungen aufzubauen und zu festigen. Mit wichtigen Mittlerorganisationen wie dem DAAD, dem Goethe-Institut, der Alexander von Humboldt-Stiftung und den Deutschen Auslandsschulen haben wir äußerst erfahrene und erstklassige Instrumente, die über eine langjährige Präsenz vor Ort verfügen. Aus wirtschafts- wie sozialpolitischer Perspektive ist es unser Ziel, gemeinsam mit den lateinamerikanischen Partnern entsprechend der dort bestehenden Rahmenbedingungen Grundlagen eines dualen Ausbildungssystems zu implementieren, um die Bildungs- und Erwerbschancen breiter Bevölkerungsschichten zu erhöhen. Wir setzen uns für den Start bedarfsorientierter Ausbildungs- und Bildungsinitiativen ein.

Auch um ein tieferes gegenseitiges kulturelles und sprachliches Verständnis auszubauen, setzen wir uns dafür ein, Deutsch verstärkt als Fremdsprache in Lehrpläne in lateinamerikanischen Staaten aufzunehmen. Dazu unterstützen wir auch weiterhin die PASCH-Initiative („Schulen: Partner der Zukunft“), die weltweit Schulen vernetzt, bei denen das Fach Deutsch eine besondere Bedeutung hat. Dass die Zahl der Deutschlerner in Lateinamerika in den vergangenen Jahren signifikant zugenommen hat, ist äußerst positiv. Umgekehrt wächst auch in Deutschland die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die sich für das Erlernen der spanischen Sprache entscheiden. Wir setzen uns weiter dafür ein, auch das gestiegene Interesse deutscher Schüler an Lateinamerika zu unterstützen und gegenseitige Austauschprogramme intensiver zu fördern.

Zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und Interesse an der Region, bedarf es auch der Steigerung der Lateinamerika-Kompetenz in Deutschland. Mit den politischen Stiftungen und Forschungsinstituten haben wir eine gute Basis, die es weiter zu stärken gilt.

Konzeptionell wollen wir künftig vermehrt ein gemeinsam verankertes Leitbild der westlichen Hemisphäre entwickeln und festigen. Hierzu wollen wir nicht nur den trilateralen Dialog, also Deutschland/EU, Lateinamerika und USA/Kanada, auf par-

lamentarischer Ebene stärken, sondern setzen uns auch für die Förderung trilateraler Programme für junge Führungskräfte aus der EU, Lateinamerika sowie den Vereinigten Staaten und Kanada ein. Auch für diesen Austausch bietet die OAS ebenso wie die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank eine wichtige Plattform. Auch die gerade angelaufene Zusammenarbeit mit der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank im Bereich der beruflichen Bildung gilt es, konsequent umzusetzen.

Neben der Zivilgesellschaft hat die Kirche eine wichtige gesellschaftliche Rolle als Bindeglied zwischen den Americas und Europa. Ihr Ankerdasein für Stabilität gilt es zu erhalten. Auch die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit über Organisationen wie MISEREOR, Caritas, Brot für die Welt, Adveniat und viele andere spielt nach wie vor eine tragende Rolle. Zugleich müssen wir uns stärker mit dem rasanten Aufstieg evangelikaler und pentekostaler Kirchen in Lateinamerika beschäftigen und die Bedeutung für gesellschaftlichen, aber auch politischen Wandel erfassen. Von besonderer Bedeutung für die Beziehungen zwischen Deutschland und Lateinamerika ist das zivilgesellschaftliche Engagement durch Städtepartnerschaften, Freiwilligenprogramme, Partnerschaftsprojekte von Nichtregierungsorganisationen und Kirchengemeinden. Wir wollen die Zahl der Städtepartnerschaften zwischen Lateinamerika und Deutschland deutlich erhöhen. Eine wachsende Zahl junger Leute engagiert sich in Freiwilligenprogrammen in Lateinamerika. Wir wollen auch die „Reverse- Programme“, die jungen Menschen aus Lateinamerika ein Praktikum in Deutschland ermöglichen, weiter ausbauen. Der Deutsche Bundestag sollte ein Internationales Parlamentsstipendium auch für Post-Graduierte aus Lateinamerika anbieten. Auch in Zukunft wollen wir den Austausch und die Vernetzung von Kirchen und darin engagierten Menschen unterstützen.

In früheren Jahrhunderten gab es in großem Maße Auswanderungswellen aus Deutschland nach Lateinamerika. Etliche Nachfahren dieser Auswanderer pflegen die deutsche Kultur und die Kontakte zu Deutschland. Sie können wichtige Brückenbauer für noch engere Beziehungen zwischen Deutschland und Lateinamerika sein. Deshalb wollen wir zusammen mit unseren Botschaften und Goethe-Instituten diese Beziehungen pflegen und neue Kontakte knüpfen.

Es ist nicht zu bestreiten, dass im Rahmen globaler Werte- und Systemkonflikte auch der Bereich Kultur und Bildung als wichtiges Element von „soft power“ zunehmend von einem Wettstreit von Interessen geprägt ist. Auch andere außerregionale Akteure bauen ihre bildungs-, kultur- und medienpolitische Präsenz systematisch aus und schaffen neue kulturelle Bindungen. Eine zentrale Plattform zur Diskreditierung liberaler Demokratien ist das spanischsprachige Programm des Fernsehsenders „Russia Today“. Solchen Initiativen wollen wir unser offenes Gesellschaftsmodell bewusst gegenüberstellen. Wir unterstützen die Deutsche Welle in ihrem Auftrag, Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat zu vermitteln. Dabei sollte das Angebot noch stärker auf Jugendliche und junge Menschen fokussiert werden, beispielsweise durch ein verstärktes Engagement in sozialen Medien. Ihr Interesse an Deutschland und Europa gilt es in der Zukunft noch stärker zu wecken und langfristig zu erhalten.

8. Leben in Frieden und Sicherheit

Lateinamerika und die Karibik sind in einer volatiler gewordenen Welt trotz mancher sozialer und wirtschaftlicher Probleme eine relativ stabile und friedliche Weltregion. Diesen Zustand möchten wir durch partnerschaftliche Zusammenarbeit im Bereich Frieden und Sicherheit stärken.

Bereits in der Vergangenheit hat sich Deutschland entschlossen für den Friedensprozess in Kolumbien engagiert. Dies setzen wir heute im Rahmen des Deutsch-Kolumbianischen Friedensinstituts (CAPAZ) fort.

Zugleich gibt die hohe Gewaltkriminalität in Lateinamerika weiter Anlass zu großer Sorge. Noch immer erfolgen über 35 Prozent aller Tötungsdelikte weltweit in Lateinamerika bei einem Anteil von nur 8 Prozent der Weltbevölkerung. 43 der 50 unsichersten Städte der Welt liegen in Lateinamerika. Dies darf nicht hingenommen werden – weder im Interesse Deutschlands, vor allem aber nicht im Interesse der Menschen in Lateinamerika. Mit entschiedenem, gemeinsamem Handeln lassen sich erhebliche Fortschritte erreichen, die die Lebensqualität der Menschen signifikant verbessern.

Enge Kooperationen fördern regionale Stabilität. Lateinamerika weist bislang jedoch eher schwache Kooperationsstrukturen bei der Sicherheitszusammenarbeit auf. Entsprechend ist es unser übergeordnetes Ziel, regionale Kooperation und Integration in Lateinamerika zu unterstützen. Die Verstärkung der Zusammenarbeit und die Etablierung gemeinsamer Abstimmungsprozesse sollen vertrauensbildend zwischen den Staaten des Kontinents wirken. Die Etablierung und das entschlossene Handeln der Lima-Gruppe im Kontext der langjährigen Krise um Venezuela hat den Wert von Krisenmanagement auf der Grundlage gemeinsam geteilter Werte verdeutlicht.

Ebenso muss es Ziel sein, die Beteiligung lateinamerikanischer Streitkräfte an regionalen und internationalen Peacekeeping-Einsätzen zu erhöhen. Bislang waren lateinamerikanische Streitkräfte mit einem substantiellen Engagement lediglich in Haiti beteiligt. Der Anteil der VN-Peacekeeper aus Lateinamerika liegt weltweit unter 5 Prozent. Ein erhöhtes regionales und globales Engagement im Bereich der Friedenssicherung trägt auch dazu bei, einen breiteren sicherheitspolitischen Diskurs zu führen und die eigene gestaltende Rolle anders zu bewerten.

Ähnlich wie in Deutschland ist die Sicherheitswahrnehmung in Lateinamerika durch einen erweiterten Sicherheitsbegriff gekennzeichnet. Allerdings geht dies in Lateinamerika auch einher mit einer breiteren Aufgabenwahrnehmung des Militärs, welches neben Katastrophenschutz-Einsätzen auch mit Aufgaben der öffentlichen Sicherheit betraut ist. Gleichwohl ist der erweiterte Sicherheitsbegriff in Lateinamerika maßgeblich auf innere Bedrohungen gerichtet. Somit war vielfach eine Verengung des Blickes zu beobachten, der regionale und transnationale „klassische“ Sicherheitsrisiken ausblendet. Dem wollen wir entgegenwirken, indem wir in Partnerschaften und Dialogformaten auch klassische Themen der äußeren Sicherheit diskutieren und an einer gemeinsamen strategischen Kultur arbeiten.

Gleichzeitig bietet der Austausch über die gesamte Bandbreite an Sicherheitsherausforderungen aber auch ein großes Erkenntnis- und Lernpotential für die Akteure deutscher und europäischer Sicherheitspolitik.

Der Stützpfeiler unserer euro-atlantischen Sicherheit bleibt die NATO. Mit den „Globalen Partnerschaften“ hat die NATO ein Instrument geschaffen, das Wertepartner außerhalb des Bündnisgebiets eng an Normen, Standards und Verfahren der NATO bindet. Ziel der Partnerschaften ist es auch, gemeinsame Lösungsansätze für globale Sicherheitsherausforderungen wie Cyber-Sicherheit, maritime Sicherheit, Terrorismus und organisierte Kriminalität zu entwickeln. Ebenso sollen die Bereiche menschliche Sicherheit (human security), der Schutz von Zivilisten, die Stärkung der Rolle von Frauen in Friedensprozessen, aber auch die Entwicklung von Streitkräftefähigkeiten gefördert werden. Hierdurch wird auch die Interoperabilität der Streitkräfte verbessert, was zu deutlichen Effizienzsteigerungen bei gemeinsamen Missionen führen kann. Im Mai 2017 wurde Kolumbien der erste lateinamerikanische „Global Partner“ der NATO. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag setzt sich für einen Ausbau von NATO-Partnerschaften in Lateinamerika ein, da in dieser Region besonders viele Staaten die Werte und Interessen der NATO teilen.

Mit dem Leitbild der Inneren Führung verfügt Deutschland über ein Konzept der demokratischen Streitkräfteführung, dessen Attraktivität auch für lateinamerikanische Staaten mit Nachdruck unterstrichen werden sollte. Wir möchten die Plattformen für diesen Austausch künftig vergrößern, z.B. indem Deutschland in höherem Maße Ausbildungsplätze für lateinamerikanische Offiziere in Lehrgängen und Programmen der Führungsakademie der Bundeswehr bereitstellt.

Die weitere Fähigkeitsentwicklung lateinamerikanischer Sicherheitskräfte wollen wir über eine konkrete Projektierung und finanzielle Mittel aus der Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung unterstützen. Dies kann auch einen Beitrag dazu leisten, die erheblichen Unterschiede bei Ausbildungszustand und Einsatzbereitschaft der unterschiedlichen Streitkräfte in Lateinamerika zu minimieren.

Auch die Bundespolizei sowie die Polizeien der Länder sind ein wichtiges Bindeglied im Bereich der Sicherheitszusammenarbeit und können im Bereich der Sicherheitssektorreform und -governance einen wichtigen Beitrag leisten. In Europa bereits existente Grundsätze der Polizeiarbeit können dabei handlungsanleitend für diese Zusammenarbeit wirken.

9. Organisierte Kriminalität und Drogenhandel bekämpfen

Ein entscheidendes endogenes Entwicklungshemmnis in Lateinamerika bleiben die verbreitete organisierte Kriminalität und der Drogenhandel. Von diesen Herausforderungen sind auch wir in Deutschland und Europa betroffen: Durch die fortlaufende Internationalisierung des organisierten Verbrechens und ein nahezu gesättigtes Angebot auf dem nordamerikanischen Markt drängen illegale Rauschmittel aus Lateinamerika immer stärker auch auf den EU-Markt. Hierdurch erwächst ein erhebliches deutsches und europäisches Sicherheitsinteresse. Es ist

also geboten, den Staaten Lateinamerikas langfristig und entschlossen bei der Bekämpfung krimineller Strukturen zur Seite zu stehen.

Gerade im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung ist ein funktionierender und durchsetzungsfähiger Rechtsstaat das wesentliche Fundament: Regeln müssen vorhanden und implementiert sein, Verstöße geahndet werden. Zudem bedarf es eines hohen Maßes an Vertrauen der Bevölkerung in Polizei- und Sicherheitskräfte. Im Kampf gegen Korruption und Straflosigkeit setzen wir uns für ein noch substantielleres Engagement Deutschlands in der Rechtsstaatszusammenarbeit ein.

Neben bilateraler Maßnahmen, vor allem im Bereich der Rechtsstaatszusammenarbeit wie der Stärkung von Justiz und Polizei oder der Bekämpfung von Korruption, muss die Unterstützung multilateraler regionaler Initiativen wie der Inter-American Drug Abuse Control Commission der OAS im Vordergrund stehen. Nur durch ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Entschlossenheit der betroffenen Staaten kann es gelingen, organisierte Kriminalität und den Drogenhandel zu bekämpfen. Dazu wollen wir auch unsere finanzielle Unterstützung für das Büro der VN für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) steigern. Im Rahmen unserer Möglichkeiten wollen wir unsere Anstrengungen intensivieren, Finanzierungsquellen und Geldströme von Akteuren der organisierten Kriminalität trockenulegen.

Zugleich bleibt die Herausforderung des Drogenanbaus und -handels ein Problem, das weit über die Region hinaus ausstrahlt und einer ganzheitlichen, umfassenden Antwort bedarf.

10. Flucht und Migration ordnen und steuern

Flucht und Migration gehören zu den größten globalen Herausforderungen unserer Zeit. Mit rund 70 Millionen Menschen sind weltweit so viele Personen auf der Flucht wie seit Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr. Mit der politischen und humanitären Krise in Venezuela und den Krisen in der europäischen Nachbarschaft erleben Lateinamerika und die EU in ähnlicher Weise die Auswirkungen großer Migrations- und Fluchtbewegungen.

Es ist zu erwarten, dass die Herausforderungen für den Umgang mit Flucht und Migration auch in Zukunft bestehen bleiben. Deshalb wollen wir im Umgang mit den Krisen voneinander lernen und gemeinsam mit den Staaten Lateinamerikas international für Standards eintreten, um Flucht und Migration zu ordnen und zu steuern. Dabei leitet uns die im christlich-jüdischen Menschenbild verankerte Humanität ebenso wie das internationale Flüchtlingsrecht, demzufolge kein Recht auf Flucht in jeden beliebigen Zielstaat besteht.

Die sich seit Jahren zuspitzende Krise in Venezuela hat jedoch auch verdeutlicht, wie wichtig regionale Koordination im Krisenmanagement ist. Dies zeigt sich beispielsweise an der Lima-Gruppe oder den Maßnahmen der OAS, um die Aufnahmestaaten zu unterstützen und politische Prozesse zu flankieren. Deutschland und die

EU müssen solche Kooperationsbestrebungen auch in Zukunft entschlossen fördern und wo möglich Institutionalisierungsprozesse unterstützen. Dies trägt auch zu einer Stärkung der regionalen Eigenverantwortung bei.

Das BMZ hat mit der Unterstützung von Aufnahmegemeinden für geflüchtete Menschen in den Grenzregionen von Kolumbien und Ecuador flexibel und schnell auf die gestiegenen Bedarfe vor Ort reagiert. Dieses Engagement gilt es weiter auszubauen.

III. Vision 2030: Partnerschaft der Zukunft

Europa, Lateinamerika und Nordamerika sind neben Wertepartnern in Asien und Pazifik jene Regionen, die mittel- und langfristig am besten dafür geeignet sind, das freiheitlich-liberale, regelbasierte Ordnungssystem zu stärken und weiterzuentwickeln, das uns in den vergangenen Jahrzehnten Freiheit, Frieden, Wohlstand und Stabilität gebracht hat. Dieses Ordnungssystem werden wir in einer multipolaren und heterogenen Welt nicht alleine erhalten können. Hierzu bedarf es Partner. Viele davon befinden sich in Lateinamerika und der Karibik. Doch diese Partnerschaft ist nicht selbstverständlich. Sie will immer noch und immer wieder neu mit Leben und Inhalten gefüllt werden.

Wenn Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern in der EU mit Entschlossenheit und eigenen Angeboten auf die Partner in Lateinamerika im Sinne dieser Strategie zugeht, dann ist eine neue Form der Zusammenarbeit möglich, in der sich langfristig viel Dynamik und Gestaltungskraft entfalten kann. Wenn es uns gelingt, diesen Weg gemeinsam zu beschreiten, dann kann bis 2030 folgendes Szenario eintreten:

Die Länder Lateinamerikas erreichen erneut höheres und nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum. Dies verdanken sie auch den Möglichkeiten, welche sich durch den Abschluss neuer Freihandelsabkommen ergeben. Nachdem das lange verhandelte Abkommen zwischen der EU und dem MERCOSUR zu einem Abschluss gebracht wurde, nutzte die EU diese Aufbruchsstimmung und schloss weitere Handelsabkommen mit weiteren Staaten Lateinamerikas ab. Inzwischen bestehen mit fast allen Staaten in der Region moderne Abkommen. Ebenso ist die EU mittlerweile assoziierter Partner der Pazifik-Allianz und aktiver Kooperationspartner von Pro-Sur.

Im Zuge der verstetigten und gesteigerten fairen Handelsbeziehungen haben die Länder Lateinamerikas und der EU eine privilegierte Partnerschaft entwickeln können. Sie beruht auf der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität und gleichberechtigten Interessen beider Regionen. Gemeinsam bekennen sie sich im Sinne einer Werteallianz zu einer demokratisch-freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im jeweils eigenen Land, stehen aber auch dafür ein, diese auf internationaler Ebene gemeinsam zu verteidigen. Und sie diskutieren gemeinsam innere Herausforderungen wie Populismus oder das Vorgehen gegen ausländische Desinformationskampagnen.

Durch die enge Zusammenarbeit zwischen den Kontinenten kam es zu steigenden Investitionen aus Europa, aber auch die Investitionen lateinamerikanischer Staaten in Europa haben signifikant zugenommen. Zugleich führte eine Intensivierung der regionalen

Zusammenarbeit in Lateinamerika dazu, dass der Kontinent und seine Staaten heute als souveräne Akteure ihre Interessen in Partnerschaften ausbalancieren. Dazu gehören neben der EU und Nordamerika auch Partner aus dem asiatisch-pazifischen Raum. China hat die Rolle eines wichtigen Handelspartners und Investors bewahrt – ist jedoch ein Partner unter vielen. Lateinamerika ist zu allen Seiten hin offen und ökonomisch anschlussfähig. Dies hat die Abhängigkeit von einzelnen Akteuren signifikant gesenkt und den politischen Gestaltungsspielraum vergrößert.

Die erfolgreiche marktwirtschaftliche Integration auf dem Kontinent selbst hat jedoch vor allem den Staaten des MERCOSUR und der Pazifik-Allianz ermöglicht, die nachhaltigen Wertschöpfungsketten in den Mitgliedsländern unter Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards zu verlängern und ihre Industrien insgesamt zu stärken. Somit konnte die zu ausgeprägte Abhängigkeit der Länder von Rohstoff- und Agrarexporten signifikant reduziert werden. Das Agrarhandelsvolumen mit dem afrikanischen Kontinent hat sich wesentlich vergrößert.

Das freigesetzte wirtschaftliche Wachstum sowie kluge Bildungs- und Diversifizierungspolitik hat es Lateinamerika ermöglicht, zur digitalisierten Welt aufzuschließen. Da man sich schon seit der nicht-ständigen Mitgliedschaft Deutschlands im VN-Sicherheitsrat in den Jahren 2019/20 eng in den Gremien der Vereinten Nationen abstimmt, ist es bei der internationalen Regulierung des Internets gelungen, Privatsphäre und Datenschutz international stärker rechtlich zu verankern. Die enge Abstimmung der beiden Kontinente wurde auch im Bereich der Umsetzung globaler Abkommen fortgesetzt, was zu neuen Impulsen bei der Umsetzung etwa der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowie des Pariser Klimaabkommens und von Folgeabkommen geführt hat.

Generell befindet sich Lateinamerika in einem Prozess, stärkeres weltpolitisches Bewusstsein zu entwickeln, und bringt sich in der Reformdebatte der VN konzeptionell und personell stärker ein. Dies gilt auch für die Beteiligung lateinamerikanischer Staaten bei VN-Friedensmissionen. Die Krisenreaktionsmechanismen lateinamerikanischer Institutionen wurden verstärkt, sodass sich die regionale Staatengemeinschaft schnell und entschlossen Krisen annimmt.

Gewalt, organisierte Kriminalität und die Produktion sowie der Handel von illegalen Drogen waren lange Probleme auf dem Kontinent, die viele Partner von Investitionen und unternehmerischem Engagement abgeschreckt hat. In den letzten Jahren sind die Regierungen in Lateinamerika zu einer noch entschiedeneren und grenzüberschreitenden Bekämpfung übergegangen. Individuell haben sie mit klarer Kante ihre Rechtsstaatlichkeit gestärkt sowie Straflosigkeit und Korruption bekämpft. Dadurch konnten sie nicht nur die Kontrolle über nahezu alle Landesteile zurückgewinnen, sondern auch wieder Rechtsstaatlichkeit wirksam durchsetzen. Zugleich haben sie über gemeinsame Initiativen Produktions- und Handelswege von illegalen Drogen bekämpft. Deutschland und die EU haben hierbei signifikante Unterstützung geleistet, um die Bemühungen der lateinamerikanischen Staaten zu flankieren. Das Ausmaß von Gewalt und Kriminalität konnte damit erheblich gesenkt werden.

Ein solches Positivszenario für die Beziehungen zwischen Deutschland, Europa, Lateinamerika und der Karibik muss unser Ziel und Anspruch sein. Damit dies gelingen kann, bedarf es nicht nur des entschlossenen Engagements der Regierungen in der EU, Lateinamerika und der Karibik, sondern auch einer weitsichtigen, ambitionierten und aufmerksamen parlamentarischen Begleitung mit strategischem Blick. Diesen wollen wir als CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag im kommenden Jahrzehnt gewährleisten.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin